

Abg. von Hausen: Meine Herren! Die genetische Entwicklung und der Stand der vorliegenden Angelegenheit ist Ihnen ja insgesammt bekannt. Es ist Ihnen bekannt, daß der königl. preussische Staat die Betriebsübernahme auf der Berlin-Dresdner Bahn beabsichtigt hat. Es ist Ihnen weiter bekannt, daß im preussischen Abgeordnetenhaus zunächst die Vorlage einer Zinsgarantie im Betrage von einigen 20,000,000 Mark für die Bahn eingebracht worden ist. Diese Vorlage ist an die Budgetcommission verwiesen worden und man findet noch bis in die letzten Tage in den Berliner Blättern die Hoffnung ausgedrückt, daß es der Budgetcommission doch gelingen werde, sie in der einen oder andern Form noch zur zweiten Lesung zu bringen. Bei der Debatte, welche über diese Vorlage, die im Uebrigen im Abgeordnetenhaus eine sehr unbefangene Beurtheilung gefunden hat, hat unter Anderen der königl. preussische Herr Finanzminister und Vicepräsident des königl. preussischen Staatsministeriums die Motivirung gebraucht, es sei für jeden politischen Kopf einleuchtend, welche Wichtigkeit es habe, eine Bahn im Herzen Sachsens, nach einer andern Version „bis in das Herz Sachsens“ zu besitzen. Diese Motivirung hat großes Aufsehen erregt, sie ist sogar bis in die letzten Tage in der auswärtigen, selbst in der nichtdeutschen Presse viel behandelt worden, sie hat aber namentlich im Lande, fast in allen Parteiblättern auch der verschiedensten Richtungen ein gewisses Bedauern, auch eine gewisse Mißstimmung hervorgerufen. Dem gegenüber, glaube ich, ist es ein geeigneter Anlaß, so lange der Landtag zusammen ist, dem Lande gegenüber eine Aufklärung des Sachverhaltes herbeizuführen. Es ist dies schon deshalb zu wünschen, weil damit, glaube ich, Mißdeutungen, übertriebene Combinationen und Vermuthungen beseitigt werden, die nicht wünschenswerth sind im Interesse des bundesfreundlichen Verhältnisses. Ich habe aber auch das Gefühl, daß der Landtag eines Landes eine derartige Aeußerung oder Motivirung, so lange er beisammen ist, nicht wohl ignoriren kann.

Das sind die Gründe, weshalb ich mir erlaubt habe, die Interpellation, wie sie hier vorliegt, an die königl. Staatsregierung zu richten. Ich begeben mich einer weiteren Motivirung, man könnte ja in der objectivsten Weise eine Reihe von Betrachtungen an die Sache selbst knüpfen, ich unterlasse das aber und hoffe, die Herren werden es zu würdigen wissen; es würde dem Zwecke, den ich hier verfolgen, nicht förderlich sein. Ich präcisire noch einmal diesen Zweck bestimmt, um in keiner Weise und nach keiner Richtung hin Mißdeutungen zu unterliegen. Es ist die Absicht allerdings die, zu zeigen, daß wir für Dinge, die uns berühren, hier doch auch ein Gefühl haben und daß wir nicht gemeint sind, derartige Dinge ohne eine zulässige Einwirkung unsererseits über uns ergehen zu lassen. Es ist aber vor allen Dingen der Zweck auch der, Mißstimmungen vor-

zubeugen, unbegründeten, weitgehenden Combinationen ein Ende zu machen und so an unsrer Stelle in loyaler Weise zu zeigen, wie sehr uns an einem wirklich bundesfreundlichen und freundnachbarlichen Verhältnisse von Herzen gelegen ist.

(Allseitiges lebhaftes Bravo!)

Präsident Haberkorn: Ich frage den Herrn Staatsminister, ob und wann er bereit ist, diese Interpellation zu beantworten?

Staatsminister Freiherr von Friesen: Ich werde sie sofort beantworten.

Präsident Haberkorn: Der Herr Staatsminister Freiherr von Friesen!

Staatsminister Freiherr von Friesen: Ich habe mich bei meiner Antwort lediglich an der Wortlaut der Interpellation zu halten und sie lautet folgendermaßen:

1. Hat die königl. Staatsregierung von der beabsichtigten Uebernahme des Betriebs der Berlin-Dresdner Bahn durch die königl. preussische Regierung, insbesondere Seiten der Letzteren selbst, Kenntniß?
2. Ist die königl. Staatsregierung der Ansicht, daß diese Betriebsübernahme auf dem zu dem sächsischen Landesgebiete gehörigen Theile der gedachten Bahn Landeshoheitswegen ohne Ihre, der diesseitigen Regierung ausdrückliche Zustimmung erfolgen könne?

Ich kann die Antwort da sehr kurz fassen. Die Regierung hat allerdings amtlich Kenntniß davon; denn es liegt ein Antrag der königl. preussischen Regierung zur Genehmigung dieses Vertrags bereits vor. In diesem Antrage ist ausdrücklich betont, daß es zur staatsseitigen Uebernahme des Betriebs der auf sächsischem Gebiete gelegenen Strecke Dresden-Landesgrenze der Berlin-Dresdner Eisenbahn der Zustimmung der königl. sächsischen Regierung bedarf. Mit dieser Ansicht der königl. preussischen Regierung ist die königl. sächsische vollständig einverstanden, es herrscht darüber durchaus kein Zwiespalt der Ansichten. Die Antwort auf diesen Antrag ist zur Zeit noch nicht erfolgt. Sie wird allerdings einer eingehenden Erwägung bedürfen, zu der in den letzten Stunden des Landtags die unbedingt nöthige Zeit bisher gefehlt hat.

Präsident Haberkorn: Somit wäre dieser Gegenstand erledigt. — Abg. von Hausen!

Abg. von Hausen: Ich wollte nur Gelegenheit nehmen, mich durch diese Erklärung des Herrn Finanzministers in jeder Weise für befriedigt zu erklären und meiner Freude Ausdruck zu geben, daß die Befürchtungen,